



Niedersächsische Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit

Online Newsletter Soziale Lage und Gesundheit

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute erhalten Sie die **23. Ausgabe** des Newsletters „Soziale Lage und Gesundheit“ der Niedersächsischen Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit. Dieser Newsletter erscheint in loser Reihenfolge mit Informationen zu Veranstaltungen, Studien, Projekten, Berichten und weiteren Publikationen.

Falls Sie auf eigene Veranstaltungen, Medien oder Ähnliches aufmerksam machen möchten, können Sie uns gerne Informationen zukommen lassen.

Falls Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten, melden Sie sich bitte unter sandra.exner@gesundheit-nds.de und ebenso, falls Sie nicht im Verteiler sind und gerne aufgenommen werden möchten.

Ihre Niedersächsische Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit

Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V. (LVG & AFS)

Aus der LVG & AFS

Veranstaltung: Ist das Partizipation oder kann das weg? Anspruch und Wirklichkeit von Partizipation in der Gesundheitsförderung und Prävention

19. Oktober 2017, Hannover

Die Fachtagung „Ist das Partizipation oder kann das weg?“ knüpft an die gleichnamige Ausgabe unserer Zeitschrift „impulse für Gesundheitsförderung“ (Nr. 88, September 2015) an, die sich bereits mit den Herausforderungen und Gelingensfaktoren von Partizipation beschäftigte. Gemeinsam mit Ihnen und Expert*innen aus Forschung und Praxis möchten wir Fragestellungen nachgehen wie: Welche Beteiligungsmöglichkeiten werden tatsächlich geschaffen? Wer partizipiert eigentlich, wann und wie? Ist eine „absolute“ Partizipation wirklich umsetzbar? Wie hängen Partizipation und Gesundheitskompetenzen zusammen? Wer bestimmt eigentlich wer zu was partizipieren soll? Wie kann Partizipation gut funktionieren?

[\[Weiterlesen...\]](#)

Aus dem Kooperationsverbund

Themenblatt Bildung und Gesundheit

Wir wissen, dass Armut krank macht und Krankheit arm. Ebenso eng ist der Zusammenhang zwischen Bildung und den Chancen auf eine gute Gesundheit. Oft arbeiten die Systeme Gesundheits- und Bildungswesen jedoch immer noch parallel. So gibt es neben der Idee der Präventionsketten die der „Bildungsketten“ oder „Bildungslandschaften“. Anknüpfungspunkte liegen beispielsweise in der Kita und in der Schule auf der Hand. Im Interview mit Beate Proll werden diese erläutert (Seite 1). In Nordrhein-Westfalen verknüpft man Bildung und Gesundheit in einem Landesprogramm - erfahren Sie

mehr zur „Guten und Gesunden Schule“ auf Seite 2.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Diskussionspapier zum Kongress Armut und Gesundheit

"Weil du arm bist, musst du früher sterben" (Paul May, 1956)

...überschreibt die Nationale Armutskonferenz ihr aktuelles Positionspapier und unterstreicht, dass Armut mehr bedeutet als fehlende Konsumgüter. „Armut bedeutet physisches und psychisches Leid, höhere Erkrankungsraten und eine signifikant geringere Lebenserwartung“ (NAK 2017:6). Ein Blick auf die aktuelle Studienlage zeigt: Männer und Frauen mit einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikogrenze 1 haben eine

um acht bis elf Jahre geringere mittlere Lebenserwartung bei Geburt

(Lampert 2017). Betrachtet man die gesunde Lebenserwartung, d.h. die Lebensjahre, die in gutem oder sehr gutem allgemeinen Gesundheitszustand verbracht werden, macht der Unterschied zwischen der niedrigsten und höchsten Einkommensgruppe sogar 13 bis 14 Jahre aus.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Aus Niedersachsen

Reichtum. Macht. Armut. Wie viel Ungleichheit verträgt die Gesellschaft?

LandesArmutskonferenz Niedersachsen

17. Oktober 2017, Hannover

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Trotzdem ist jeder Sechste von Armut und Ausgrenzung betroffen. Auf der einen Seite nimmt die Zahl der Millionäre hierzulande stetig zu, auf der anderen Seite stehen immer mehr Menschen Schlange bei den Tafeln, weil das Geld selbst für das Essen nicht mehr reicht. Sozialer Aufstieg durch Bildung für Arme? Fehlanzeige. Der Hartz-IV-Regelsatz reicht zum Überleben, ermöglicht aber keine soziale und kulturelle Teilhabe. Immer mehr Menschen sind von demokratischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Wie viel Ungleichheit verträgt unsere Gesellschaft, wie schaffen wir eine gerechtere Verteilung der Ressourcen? Diesen und anderen Fragen soll auf der LAK Fachtagung 2017 nachgegangen werden.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Wohnquartiere stärken, Integration und Teilhabe fördern: Neues 3-Millionen-Programm

„Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement“ - 17 Modellprojekte ausgewählt

Mit einer neuen Landesförderung in der Stadtentwicklung werden innovative Ansätze unterstützt, die im Sinne von Integration und Teilhabe die Gemeinwesenarbeit mit der Stadtteil- bzw. Ortsentwicklung verknüpfen. Dafür stehen in diesem und im nächsten Jahr jeweils 1,5 Millionen Euro zur Verfügung. Die Mittel für 2017 wurden über einen Wettbewerb ausgelobt. Eine Jury aus unabhängigen Fachleuten, Vertreter*innen der Verbände sowie des Sozial- und Bauministeriums wählten 17 Modellprojekte aus, die nun gefördert werden.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Berichte und Studien

Sozialbericht 2017

Mit dem Sozialbericht dokumentiert die Bundesregierung Umfang und Bedeutung der sozialstaatlichen Leistungen und die in diesem Kontext ergriffenen Reformen in der jeweiligen Legislaturperiode. Er besteht aus zwei Teilen: Teil A gibt einen umfassenden Überblick über Maßnahmen und Vorhaben der Gesellschafts- und Sozialpolitik. Teil B widmet sich dem Sozialbudget, mit dem die Bundesregierung in regelmäßigen Abständen über Umfang, Struktur und Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Zweige der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland informiert. Dabei wird die ansonsten übliche jährliche tabellarische Berichterstattung des Sozialbudgets durch eine ausführliche Beschreibung der einzelnen Sicherungssysteme ersetzt und durch eine Vorausschau auf die künftige mittelfristige Entwicklung der Sozialleistungen ergänzt.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Niedriger Sozialstatus und Bildungsgrad bremsen Anstieg der Lebenserwartung

Trotz des allgemeinen Anstiegs der globalen mittleren Lebenserwartung gibt es zwischen einzelnen

Regionen und gesellschaftlichen Schichten nach wie vor maßgebliche Unterschiede. Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung liefert in der Studie "Hohes Alter, aber nicht für alle" aktuelle Zahlen und Begründungen. Die mittlere Lebenserwartung, die um 1900 noch auf 30 Jahre geschätzt wurde, liegt heute bei rund 71 Jahren. Der Anstieg beruht v. a. auf dem medizinisch-technischen Fortschritt, sowie auf Maßnahmen der Prävention.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Hohes Alter, aber nicht für alle: Wie sich die soziale Spaltung auf die Lebenserwartung auswirkt

Seit gut einem Jahrhundert steigt die globale mittlere Lebenserwartung. Kann sich der Trend immer weiter fortsetzen? Langlebigkeits-Optimisten sind überzeugt, dass heute schon Menschen leben, die 150 Jahre alt werden können. Doch zwischen einzelnen Regionen und gesellschaftlichen Schichten gibt es enorme Unterschiede bei der Lebenserwartung. Wie diese zustande kommen, zeigt die neue Studie des Berlin-Instituts. Gesellschaft und Politik sind gefordert, in den verschiedensten Handlungsfeldern aktiv zu werden, um die gesundheitlichen Ungleichheiten auszugleichen.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Abschied vom Aufstieg!?

Das Paritätische Jahresgutachten 2017 zu sozialer Lage wurde Ende Juni 2017 vom Vorsitzenden des Paritätischen, Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, vorgestellt. Der Paritätische legt zum bereits zum vierten Mal mit seinem Jahresgutachten eine Bilanz der Sozialpolitik des vergangenen Jahres und eine Bestandsaufnahme des sozialen Zusammenhalts in Deutschland vor.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Out im Office?

Erste Ergebnisse der Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zur Arbeitssituation lesbischer, schwuler, bisexueller und Trans*Beschäftigter in Deutschland.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Vielfalt verstehen. Zusammenhalt stärken. Ziviz-Survey 2017

Der Ziviz-Survey ist die einzige repräsentative Befragung zivilgesellschaftlicher Organisationen in Deutschland. Unter "organisierter Zivilgesellschaft" werden im Folgenden gemeinnützige Organisationen verstanden. Gemeint sind Vereine und Stiftungen, Genossenschaften und Kapitalgesellschaften, in denen sich der größte Teil bürgerschaftlichen Engagements organisiert. Am Ziviz-Survey 2017 beteiligten sich mehr als 6.300 gemeinnützige Organisationen. Erstmals wurden in die Befragung auch inhaltliche Schwerpunkte aufgenommen. Es gab gesonderte Fragen zum Engagement im Bildungskontext, zu Fördervereinen, sowie zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und von Flüchtlingen.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Broschüren und Handreichungen

Ratgeber Hartz IV - Tipps und Hilfe vom DGB

„Hartz IV“ ist ein nur schwer zu durchschauender Dschungel. Auch nach den Änderungen im Jahr 2016 ist keineswegs – wie behauptet – vieles einfacher und besser geworden. Die grundlegend überarbeitete Neuauflage 2017 berücksichtigt diese so genannte „Rechtsvereinfachung“, sowie die ab 2017 geltenden Regelsätze. Wer seine Rechte gut kennt, der kann Fallstricke vermeiden und bestehende Rechtsansprüche wahrnehmen. Dazu trägt der Ratgeber bei. Er ist verständlich geschrieben, an der Praxis orientiert und enthält viele Tipps, die bares Geld wert sein können.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe in Flüchtlingsunterkünften

Gemeinsam sind UNICEF Deutschland und der Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V. der Frage nachgegangen, wie sich der Zugang zur Kinder- und Jugendhilfe für Familien gestaltet, die in Flüchtlingsunterkünften untergebracht sind. In diesem Rahmen wurden schriftliche Rückmeldungen und telefonische Interviews mit Mitarbeitenden aus Jugendämtern, Beratungsstellen und Flüchtlingsunterkünften aus dem gesamten Bundesgebiet ausgewertet. Daraus ist eine Handreichung für Jugendämter entstanden. Das Ziel dieser Handreichung ist es, eine fachpolitische Diskussion anzustoßen und dazu einen Beitrag zu leisten,

indem anhand konkreter Beispiele und Handlungsempfehlungen aufgezeigt wird, wie sich der Rechtsanspruch geflüchteter Kinder und Jugendlicher auf Leistungen, Angebote und Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe in der Praxis umsetzen lässt.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Altenpflege für Muslime - Informationsverhalten und Akzeptanz von Pflegearrangements

Das vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und der Deutschen Islamkonferenz veröffentlichte Working Paper gibt Einblicke in die Wahrnehmung von Personen muslimischen Glaubens in das bisher kaum untersuchte Themenfeld muslimischer Altenpflege in Deutschland. Im Rahmen der Befragung gab die Mehrheit der muslimischen Befragten an, dass die Beachtung muslimischer Speisevorschriften und der Respekt des muslimischen Glaubens eine wichtige Rolle bei der hypothetischen Wahl eines Pflegeangebots spielen.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Umsteuern: Armut stoppen - Zukunft schaffen. Gemeinsamer Aufruf für mehr soziale Gerechtigkeit

Deutschland ist ein gespaltenes Land. Jede*r Sechste ist von Armut und Ausgrenzung betroffen, während sich ein kleiner Teil der Gesellschaft finanziell immer weiter absetzt. Das gesellschaftliche Gesamtvermögen wird zunehmend zulasten der Schwachen und zugunsten der Reichen verteilt. Den politischen Entscheidungsträgern fehlt bisher der Mut, sich mit den Topverdienenden und Besitzenden großer Vermögen anzulegen. Dringend notwendige soziale Strukturveränderungen werden nicht entschlossen genug angegangen. Es fehlt der Wille, Geld für eine offensive Sozialpolitik in die Hand zu nehmen. Hinzu kommt: wer wenig hat, hat auch in den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen wenig zu sagen. Die hier unterzeichnenden Verbände fordern ein Umsteuern. Die soziale Schieflage in Deutschland ist nicht hinnehmbar. Soziale Ungleichheit beeinflusst die gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse und gefährdet die Demokratie. Wir brauchen eine starke Sozialpolitik, eine Infrastruktur, die allen offen steht und den Mut, Reichtum dahin umzuverteilen, wo er dringend benötigt wird.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Gender raus - 12 Richtigstellungen zu Antifeminismus und Gender-Kritik

Angriffe gegen Feminismus, gleichgeschlechtliche Lebensweisen, emanzipative Familien- und Lebensmodelle, Gender Studies und auch gegen Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitiken werden seit längerem in Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehsendungen, Blogs, Artikeln und Büchern kontrovers verhandelt. Dies spiegelt sich auch in vielen Auseinandersetzungen im Alltag, in der Kneipe und auf Veranstaltungen wider. Mit dem Satz „Das muss frau* und mann* doch mal sagen dürfen...“ werden rassistische, sexistische und anti-egalitäre Parolen und Verunglimpfungen formuliert. Sie finden Resonanz in einem gesellschaftlichen Klima, das sich von emanzipativen Positionen und Diskursen weg nach rechts verschiebt.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Strategien gegen Altersarmut

In diesem Themenheft werden strukturelle Gründe für Altersarmut analysiert und die aktuellen und zukünftigen Risikogruppen identifiziert. Es werden Reformoptionen für das deutsche Alterssicherungssystem diskutiert und Strategien gegen Altersarmut in europäischen Nachbarländern vorgestellt. Praxisbeispiele zeigen innovative Ansätze im Umgang mit den Folgen von Altersarmut auf kommunaler Ebene.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Aus der Politik

Unionsparteien und SPD werden sich in der Struktur ihrer Wählerschaft immer ähnlicher

Nichtwählende haben kaum vom Einkommenswachstum der letzten 15 Jahre profitiert – Zufriedenheit mit der eigenen materiellen Lage ist an den politischen Rändern am geringsten. In den vergangenen 15 Jahren hat sich die Zusammensetzung der Wählerschaft der Parteien in Deutschland zum Teil erheblich gewandelt. Zu diesem Ergebnis kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) in einer aktuellen Studie. „Die Alterung der Gesellschaft und der Wandel der Arbeitswelt wirken sich auch auf die Wählerpräferenzen aus, sodass manch altes Muster wie etwa das von der SPD als klassischer Arbeiterpartei verblasst ist“, sagt DIW-Forschungsdirektor Alexander Kritikos. „Die

Wählerschaften von Union und SPD ähneln sich dagegen immer mehr.“

[\[Weiterlesen...\]](#)

Nationale Armutskonferenz stellt Positionen zu Armut und Gesundheit vor

Mit ihrem Positionspapier Armut und Gesundheit wendet sich die Nationale Armutskonferenz im Vorfeld der Bundestagswahl an Verantwortliche in Politik und Gesellschaft. Neben den Grundsatzforderungen beleuchtet das Positionspapier die Situation von verschiedenen Gruppen, etwa den Empfänger*innen von Hartz IV und Sozialhilfe, Asylsuchenden, Geflüchteten und wohnungslosen Menschen. Barbara Eschen, Direktorin der Diakonie Berlin-Brandenburg und Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz (nak), sagte: "Armut bedeutet mehr als den Verzicht auf Konsumgüter. Armut bedeutet physisches und psychisches Leid, höhere Erkrankungsraten und eine signifikant geringere Lebenserwartung. Ausgaben für ihre Gesundheit stellen Menschen mit geringem Einkommen vor unüberwindbare Finanzierungsprobleme."

[\[Weiterlesen...\]](#)

Stichwort "Prävention" in den Wahlprogrammen von Parteien zur Bundestagswahl

In ihren Wahl- und Regierungsprogrammen für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf haben sich die Parteien sehr unterschiedlich zu den jeweiligen Inhalten und Strategien ihrer Präventionspolitiken geäußert. Nachfolgend finden sich einerseits Links zu den Programmen jener Parteien, die nach übereinstimmender Demoskopie-Meinung gute Chancen haben, mit Abgeordneten in den 19. Deutschen Bundestag einzuziehen, der am 24. September 2017 gewählt wird und zu dem laut Bundeswahlleiter die Bewerbungen von insgesamt 48 Parteien zugelassen wurden.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Pauschalisierung von Kosten der Unterkunft (Mainzer Erklärung)

Stellungnahme der Landesarmutskonferenzen (Mainzer Erklärung)

Mit dem sogenannten SGB-II-Rechtsvereinfachungsgesetz wurde es den Landkreisen, den kreisfreien Städten und vergleichbaren Gebietskörperschaften erlaubt die Kosten der Unterkunft (Wohnungskosten) generell zu pauschalisieren. Das führt dazu, dass es möglich ist neben der Kaltmiete auch Nebenkosten und sogar Heizkosten generell zu pauschalisieren. Diese gemittelten Werte können insbesondere bei bestimmten Wohnformen (z.B. Wohnblocks mit Hausmeistern und Aufzügen etc.) dazu führen, dass die tatsächlich anfallenden Nebenkosten die Pauschalbeträge deutlich überschreiten. Im Ergebnis können sich die Betroffenen Sozialleistungsbeziehenden aussuchen, ob Sie die von der Behörde (Sozialamt, Jobcenter) nicht erstatteten Wohnkosten dadurch kompensieren, dass Sie weniger essen, weniger für Medikamente oder Kleidung ausgeben oder ob Sie ihre Wohnung aufgeben müssen.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Bekämpfung von Menschenhandel braucht Aufklärung und Kooperation

Anlässlich des Welttages gegen Menschenhandel hat Bundesfamilienministerin Dr. Katarina Barley bei ihren Länderkolleg*innen für eine ausgeweitete Kooperationsarbeit und einen verbesserten Schutz von gehandelten Kindern und Jugendlichen geworben. Sie setzt sich dabei für die Umsetzung des Kooperationskonzepts „Schutz und Hilfen bei Handel mit Kindern“ in den Ländern ein.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Medien

Frühkindliche Bildung - Wie wird der Personalschlüssel in Kitas berechnet?

Ob ein Kind eine gute oder schlechte Kita besucht, hängt nicht nur davon ab, in welchem Bundesland es betreut wird, sondern sogar in welchem Kreis. Es ist also der Wohnort, der innerhalb Deutschlands über die Bildungschancen von Kindern entscheidet – das zeigt unser Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme. Zusätzlich droht eine weitere Verschärfung des Fachkräftemangels in Kitas.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Weitere Informationen [\[Weiterlesen...\]](#)

Leichter lernen mit dem Projekt GESUND! – Broschüre und ergänzendes Online-Lernmaterial

Menschen mit Lernschwierigkeiten werden bis zu dreimal häufiger krank als Menschen ohne Behinderungen - oft mit schwerem Verlauf und längerer Krankheitsdauer. Um ihre Gesundheitschancen zu erhöhen, haben der vdek und die Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB) eine Broschüre zur Gesundheitsförderung mit ergänzendem Online-Lernmaterial

herausgegeben. Die Publikation stellt die Ergebnisse des KHSB-Forschungsprojektes GESUND! vor und gibt Werkstätten für behinderte Menschen umfangreiches Schulungsmaterial an die Hand, mit dem sie das gesundheitsfördernde Verhalten ihrer Beschäftigten mit Lernschwierigkeiten anregen können. Die Inhalte können auch auf andere Bereiche der Arbeit mit Menschen mit Lernschwierigkeiten übertragen werden.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Preise, Wettbewerbe, Fördermittel, Ausschreibungen

Integration Langzeitarbeitslose - Arbeitsplatzprämie

Sie wollen als Arbeitgeber *in langzeitarbeitslose Menschen beschäftigen und ihnen eine Chance zur Integration in den Arbeitsmarkt geben? Dann nutzen Sie die vom Land gewährten Zuschüsse für die Schaffung und Besetzung solcher Arbeitsplätze

[\[Weiterlesen...\]](#)

AzubiProjekte: 100% kostenlose Webseitenerstellung durch den Förderverein für regionale Entwicklung e. V.

Die Auszubildenden und Studierenden-Projekte (kurz Azubi-Projekte) sind eine Initiative des Förderverein für regionale Entwicklung e.V. Der Förderverein hat es sich zum Ziel gesetzt, gesellschaftliche Organisationen und Institutionen bei der Realisierung einer ansprechenden Internetpräsenz zu unterstützen, Informationen innerhalb von Regionen übersichtlich bereitzustellen und Auszubildenden eine praxisnahe Ausbildung zu bieten. Um diese Ziele zeitnah realisieren zu können, bietet der Verein Förderprogramme an, bei denen er einen Teil der Kosten übernimmt. Im Falle der Zielsetzung bezüglich der praxisnahen Ausbildung von Auszubildenden unterstützt der Verein das Förderprogramm „Azubi-Projekte“. Um einen Förderplatz können sich Kommunen und kommunale Einrichtungen, Schulen, Kitas, Museen, Vereine, Unternehmen oder ähnliche Institutionen, die sich eine eigene Webseite erstellen oder überarbeiten lassen möchten bewerben.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Termine

Aktiv gegen Kinderarmut: Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen ermöglichen - Kinderarmutskongress 2017

27. September 2017, Köln

[\[Weiterlesen...\]](#)

Bundestagung 2017 der BAG Wohnungslosenhilfe e. V. "... und ohne Wohnung ist alles nichts!"

15.-17. November 2017, Berlin

[\[Weiterlesen...\]](#)

IMPRESSUM

Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V.

Geschäftsführer: Thomas Altgeld

Fenskeweg 2

30165 Hannover

Tel.: 0511 / 388 11 89 - 0

Fax: 0511 / 350 55 95

E-Mail: info@gesundheit-nds.net

Internet: www.gesundheit-nds.de

Sollten Sie den Newsletter nicht mehr beziehen wollen, senden Sie einfach eine E-Mail über die "Antworten"-Funktion Ihres E-Mailprogrammes zurück mit dem Betreff: Bitte aus dem Verteiler löschen.

Die Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V. verpflichtet sich, sorgfältig mit Ihren Daten umzugehen und diese nicht an Dritte weiterzugeben.

